

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat

Stadtteile ohne Partnergewalt (StoP). Für ein Pilotprojekt in Bern!; Verpflichtungskredit

Am 1. September 2016 wurde die Interfraktionelle Motion AL/GPB-DA/PdA+, GFL/EVP, GB/JA!, SP, GLP (Christa Ammann, AL/Daniel Egloff, PdA/Janine Wicki, GFL/Leena Schmitter, GB/Lena Sorg, SP/Melanie Mettler, GLP/Bettina Jans-Troxler, EVP): Stadtteile ohne Partnergewalt (StoP) an den Gemeinderat eingereicht. Darin wird der Gemeinderat aufgefordert, die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um ein Konzept zu erarbeiten, das einen Handlungsansatz beinhaltet, der auf den Aufbau bzw. die Stabilisierung sozialer Kontakte und Netzwerke abzielt und diese insbesondere mittels Bildungsangeboten und Informationsanlässen dahingehend unterstützt, den Opfern Rückhalt zu geben, so dass diese ihre Rechte ausschöpfen. Gestützt auf das Konzept soll ein Pilotprojekt in mehreren Stadtteilen realisiert und die Wirkungen evaluiert werden. Der Stadtrat erklärte am 18. Oktober 2018 die Motion als Richtlinie erheblich.

1. Worum es geht

Gewalt in Partnerschaften stellt immer noch ein Tabu-Thema dar. Mehr als die Hälfte der Betroffenen spricht nicht darüber und auch die Nachbarschaft, Familie, Bekannte und Freunde schweigen oft aus Angst und Unsicherheit, obwohl sie etwas ahnen, hören, sehen, wissen. Gewalt in Partnerschaften ist keine Privatsache. Das Konzept Stadtteile ohne Partnergewalt hat sich zum Ziel gesetzt, Gewaltbetroffene und soziale Netzwerke in Stadtteilen so zu sensibilisieren, dass Partnergewalt nicht mehr erduldet, verschwiegen, ignoriert oder toleriert wird. Es beinhaltet die Stärkung von Gewaltbetroffenen und sozialen Netzwerken einzelner Stadtteile. In der Stadt Bern wurden in den vergangenen Jahren bereits einige Massnahmen ergriffen, um von Partnergewalt Betroffene zu unterstützen und ihre Situation zu verbessern. Es wurde jedoch das sozialräumliche Umfeld von Opfern und Tätern vernachlässigt. Das entsprechende Potential soll mit der Erarbeitung eines bernischen Konzepts analog Stadtteile ohne Partnergewalt von Prof. Dr. Sabine Stövesand, Hochschule für Angewandte Wissenschaft Hamburg, und der anschliessenden Umsetzung eines Pilotprojekts ausgeschöpft werden. Das Hamburger Konzept stützt sich auf Erfahrungen aus dem bekannten und auch in Bern angewendeten Ansatz der Gemeinwesenarbeit. Neu dabei ist die im Konzept vorgeschlagene systematische Anwendung der Methoden der Gemeinwesenarbeit auf die Prävention und Reduktion von Beziehungsgewalt.

2. Projekt Stadtteile ohne Partnergewalt - Vorgehen

Aufgrund dieser Ausgangslage soll ein Projekt erarbeitet und in folgenden drei Phasen durchgeführt werden:

1. Erstellen einer theoretischen Analyse und eines Konzepts für die Umsetzung in einem oder mehreren Stadtteilen/kleineren Gebieten oder Siedlungen (1. Projektjahr).
2. Durchführung eines Pilotprojekts in einem oder mehreren Stadtteilen/kleineren Gebieten oder Siedlungen sowie Evaluation der Ergebnisse zuhanden des Gemeinderats für einen allfälligen Grundsatzentscheid zum weiteren Vorgehen (2. und 3. Projektjahr).

Um das Projekt breit abzustützen, soll der Projektsteuerungsausschuss mit dem Jugendamt der Direktion für Bildung, Soziales und Sport sowie der Vereinigung Berner Gemeinwesenarbeit (vbg) ergänzt werden. Ende des 3. Projektjahrs soll dem Stadtrat ein Schlussbericht vorgelegt werden.

3. Projektkosten

Für diese Aufgaben reichen die aktuellen Stellenprozente der Fachstelle Häusliche Gewalt und Stalking-Bratung (130-Stellenprozente) des Amts für Erwachsenen- und Kinderschutz nicht aus, ohne dass die Bewältigung des Alltagsgeschäfts gefährdet wäre. Aufgrund des zwingend erforderlichen Einbezugs des Gemeinwesens - wie die vbg, Quartiervereine, andere Vereine und Organisationen, die im Quartier oder im Thema häusliche Gewalt tätig sind - und der damit verbundenen Vernetzungs- und Aufbauarbeit sowie der koordinierten Umsetzung werden für die drei vorgesehenen Projektjahre 80-Stellenprozente für die Projektleitung benötigt. Für die Umsetzung im 2. und 3. Jahr werden zusätzlich 30-Stellenprozente benötigt. Da das Projekt auf 3 Jahre befristet ist, müssen befristete Anstellungen erfolgen. Die Evaluation wird gegen Ende des 3. Projektjahrs durch eine externe Organisation durchgeführt.

Für das Projekt werden folgende Aufwände veranschlagt:

Kosten 1. Projektjahr

| | | |
|--|------|----------------|
| Projektleitung (Sozialarbeitende) | 80 % | Fr. 100 000.00 |
| Infrastruktur (Fr. 19 000.00 pro 100 %) | 80 % | Fr. 15 200.00 |

Kosten 2. Projektjahr

| | | |
|--|-------|----------------|
| Projektleitung (Sozialarbeitende) | 80 % | Fr. 100 000.00 |
| Projektmitarbeitende (Sozialarbeitende) | 30 % | Fr. 37 500.00 |
| Infrastruktur (Fr. 19 000.00 pro 100 %) | 110 % | Fr. 20 900.00 |

Kosten 3. Projektjahr

| | | |
|--|------|----------------|
| Projektleitung (Sozialarbeitende) | 80% | Fr. 100 000.00 |
| Projektmitarbeitende (Sozialarbeitende) | 30% | Fr. 37 500.00 |
| Infrastruktur (Fr. 19 000.00 pro 100 %) | 110% | Fr. 20 900.00 |
| Evaluation | | Fr. 30 000.00 |

Die Kosten belaufen sich über die gesamte Projektphase auf Fr. 462 000.00 (pro Projektjahr durchschnittlich Fr. 154 000.00).

4. Nutzen

Die durch das Projekt ausgelöste Sensibilisierung und dadurch einhergehende Stärkung von Gewaltbetroffenen und den sozialen Netzwerken in den Quartieren soll bewirken, dass Partnergewalt nicht mehr erduldet, verschwiegen, ignoriert oder toleriert wird. Häusliche Gewalt würde dadurch wohl nicht vollständig verhindert, aber sicher in der Dauer vermindert. Das Hamburger Konzept stützt sich auf Erfahrungen aus dem bekannten und auch in Bern angewendeten Ansatz der Gemeinwesenarbeit. Neu dabei ist die im Konzept vorgeschlagene systematische Anwendung der Methoden der Gemeinwesenarbeit auf die Prävention und Reduktion von Beziehungsgewalt. Die gewonnenen

Erkenntnisse sollen in die Arbeit der Fachstelle Gewaltprävention der Stadt Bern einfließen. Die Gemeinwesenarbeit spielt beim Erkennen von Radikalisierungs- und Extremismustendenzen neben Fachpersonen wie Lehrerinnen und Lehrer und Sozialarbeitende eine zentrale Rolle.

5. Konsequenzen bei Nichtumsetzung des Projekts

Trotz der in den letzten Jahren in der Stadt Bern ergriffenen Massnahmen gegen Häusliche Gewalt ist diese immer noch allgegenwärtig. Partnergewalt wird weiterhin erduldet, verschwiegen, ignoriert oder toleriert. Das Leiden der Betroffenen, vor allem der direkt oder indirekt von Gewalt betroffenen Kindern, geht weiter, ohne dass mit einer einfachen aber wirksamen Methode – wie im Hamburger Konzept aufgezeigt - erfolgreich dagegen angekömpft werden kann.

Antrag

1. Der Stadtrat bewilligt für das Pilotprojekt Stadtteile ohne Partnergewalt (StoP) einen Verpflichtungskredit von Fr. 462 000.00 (Globalkredit Dienststelle 280, PG 280 200) mit einer Laufzeit von 3 Jahren (2021 bis 2023).
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Bern, 30.Januar 2019

Der Gemeinderat